

Die Jungbürger erarbeiten ein Aktionsprogramm

AV, Nr. 70, 110, 3

fbj. Die Jungbürger, nach wie vor die einzige, wenn auch kleine, politische Gruppe unseres Kantons, trafen sich am 3. Juli 1970 zur diesjährigen Hauptversammlung. Dabei wurde der Vorstand neu bestellt, neue Statuten besprochen und genehmigt und ein Aktionsprogramm für die nähere und fernere Zukunft ausgearbeitet. Man ist sehr oft geneigt, den Namen Jungbürger mit «Nur Kritik» gleichzusetzen und vergisst dabei sehr leicht die Arbeit, die hinter den Kulissen geleistet wird. Dass die Meinungen und Ansichten junger Leute zur heutigen Politik nicht immer mit den Anschauungen der «herrschenden» Generation übereinstimmen können, liegt aber sicher nicht in einem Missbehagen der jeweiligen Situationen gegenüber, sondern viel eher in einem etwas andersgearteten Denken junger Leute der heutigen Zeit. So soll nach unserer Ansicht ein Verein, in unserm Fall der Jungbürgerverband Appenzell IR, nicht von mustergültig ausgearbeiteten Statuten geprägt werden, sondern von einem dynamischen Aktionsprogramm. Die neuen Statuten der Jungbürger wollen deshalb auch nicht Statuten im herkömmlichen Sinn sein, sondern lediglich der Organisation und Leitung dienen. Dieses, wie wir es nannten, Organisationsstatut ist deshalb in seiner Umschreibung von Ziel und Zweck sehr allgemein gehalten. So bezweckt der Jungbürgerverband AI gemäss Art. 2 des Organisationsstatutes, «die politische Willensbildung in Appenzell IR zu fördern und zu politischen Fragen Stellung zu nehmen». Zur Mitgliedschaft sagt Art. 3, dass Mitglied wird, «wer gewillt ist, im Jungbürgerverband AI aktiv mitzuarbeiten». Die restlichen Artikel behandeln ausschliesslich organisatorische Fragen und wollen, wie schon oben erwähnt auch das Organisationsstatut im ganzen, lediglich eine Handhabe zur Leitung des Verbandes sein. Nicht die Statuten sollen das Aushängeschild des Vereins bilden, sondern sein Programm und seine Tätigkeit.

Die Jungbürger versuchen deshalb mit einem Aktionsprogramm, das auf eine längere Zeitspanne ausgerichtet ist, die Probleme, die in unserm Kanton in der näheren und ferneren Zukunft zu lösen sind, aufzuzeigen und ihrer Dringlichkeit nach zu bearbeiten. Wir gehen dabei davon aus, das Programm unabhängig von Bestehendem und Systemgebundenem zu gestalten, zwar nicht in der Meinung, den jetzigen Zustand als schlecht oder ungenügend zu taxieren, sondern in der Annahme, bei der konkreten Verwirklichung der einzelnen Fragen auf des Bestehende Rücksicht zu nehmen. So sind wir der Meinung, dass unsere Kantonsverfassung einer gründlichen Revision zu unterziehen sei, da sie trotz ihrer vielgerühmten Kürze den heutigen Verhältnissen in vielen Belangen nicht mehr gerecht wird. Die Frage, ob die Einteilung unseres

Kantons in sechs Bezirke den Anforderungen rationaler Verwaltungsaufteilung noch genügt, wird sehr in Zweifel gezogen und bedarf dringend einer Neuüberprüfung. In organisatorischer Hinsicht wären eine Verlängerung der Amtsdauer, die Wahl des Grossen Rates als ein von der Regierung unabhängiges Parlament mit einem eigenen Präsidenten und einem Büro und die Vereinfachung des Gerichtswesens, dafür aber mit einem Verwaltungsgericht, dringend notwendige Postulate. Bezüglich des Stimm- und Wahlrechtes soll die Gleichstellung der Frauen und die Herabsetzung des Wahlalters auf 18 Jahre in nächster Zeit eine befriedigende Lösung finden. Die kantonale Gesetzgebung soll dahingehend ausgebaut werden, dass verschiedene Verordnungen, die Gesetzesstoff ordnen, in Gesetze umgewandelt und bestehende Gesetze den heutigen Verhältnissen angepasst werden. In sozialpolitischer Hinsicht ist der soziale Wohnungsbau zu fördern und eine kantonale Mietzinsüberwachung anzuordnen. Die Umweltverschmutzung (Abwasser, Abgase, Lärm) ist durch gesetzliche Bestimmungen und durch den Bau der notwendigen Anlagen zu dämmen. Die Förderung, der Ausbau und Zentralisierung der Schulen, der Ausbau des Stipendienwesens und die Erwachsenenbildung sind zentrale Postulate der Bildungspolitik. Wirtschaftspolitisch scheinen uns eine Reorganisation der Landwirtschaftspolitik, die Heranziehung neuer Industrien und eine gesetzliche Regelung des Fremdenverkehrs von grösster Bedeutung. Die Beschleunigung der Regionalplanung, die Bereinigung der Zonenpläne, die Modernisierung und wenn möglich die Uebernahme der Bahnen durch den Bund, der Ausbau der Strassen und der Schutz der Natur werden für die Zukunft unseres Landes in verkehrspolitischer Hinsicht von entscheidender Bedeutung sein. Im Rahmen der Kulturpolitik soll das landeseigene Brauchtum gefördert werden. Mit einer Stiftung, eventuell durch das Zusammenlegen der Rhodsgelder, soll aber das übrige kulturelle Leben in unserm Kanton weit mehr als bis anhin gepflegt werden.

Dies alles sind Probleme und Aufgaben auf Jahre, ja auf Jahrzehnte hinaus. Mit unserm Aktionsprogramm, das noch weit umfassender ist, als hier dargestellt werden konnte, haben wir versucht, die vielschichtigen Fragen aufzudecken. Wir glauben nicht, damit schon wesentliche Probleme gelöst zu haben. Unsere erste Arbeit wird es sein, die dringlichsten Probleme zu sichten und einzelne Aufgaben mit jugendlichem Elan anzupacken. Alle aber, ob jung oder alt, ob Frau oder Mann, die glauben, uns bei dieser schwierigen und anspruchsvollen Zielsetzung mithelfen zu können, möchten wir einladen, bei uns mitzumachen.

Jungbürger AI

2. 2. 81/003